

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Boris Gemünd, Dirk Saam und Niko Richter

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit Netz e. V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Bangladeschs erster Satellit

Seit dem 11. Mai 2018 befindet sich *Bangabandhu-1*, der erste bangladeschische Satellit, benannt nach dem Ehrennamen Sheikh Mujibur Rahmans, dem ersten Premierminister Bangladeschs und Vater von Premierministerin Sheikh Hasina, im Weltraum. Eine Rakete des US-amerikanischen Raumfahrtunternehmens *SpaceX* brachte ihn vom Kennedy-Weltraumzentrum in Florida in die Erdumlaufbahn. Der Satellit soll Bangladesch und weitere asiatische Länder mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgen. Gebaut wurde er vom französischen Raumfahrtunternehmen *Thales Alenia Space*.

Protestwelle

Landesweit protestierten seit Ende Juli 2018 zehntausende Schüler/-innen tagelang für mehr Verkehrssicherheit. Den Protesten vorausgegangen war ein schwerer Verkehrsunfall am 29. Juli 2018 in Dhaka. Bei diesem war ein mit massiv überhöhter Geschwindigkeit fahrender Bus in eine Gruppe Schulkinder gefahren, hatte eine Schülerin und einen Schüler getötet und mehrere Menschen schwer verletzt. Bei ihrem Protest setzten die Schüler/-innen auch Mittel des zivilen Ungehorsams ein. Beispielsweise bildeten sie Menschenketten auf vielbefahrenen Straßen in der Hauptstadt Dhaka und errichteten Straßensperren, an denen sie Fahrausweise kontrollierten, darunter auch von Polizeifahrzeugen. Angaben der nichtstaatlichen Organisation *Bangladesh Passengers Welfare Association* zufolge starben allein im letzten Jahr 7.397 Menschen bei Verkehrsunfällen. Premierministerin Sheikh Hasina kündigte Anfang August an, dass ein neues Gesetz zur Verkehrssicherheit in Vorbereitung sei. Zugleich rief sie die Schüler/-innen auf, ihre Proteste zu beenden.

Shahidul Alam inhaftiert

Der renommierte bangladeschische Fotograf, Kurator und Aktivist Shahidul Alam befindet sich seit dem 5. August 2018 in Polizeigewahrsam. Ihm wird vorgeworfen, im Rahmen eines Fernsehinterviews und diverser Veröffentlichungen über das soziale Netzwerk Facebook Falschinformationen zu den

genannten Protesten lanciert zu haben. Der Gründer des *Pathshala South Asian Media Institute* habe damit gegen Abschnitt 57 des Nationalen Telekommunikationsgesetzes verstoßen. In seinen öffentlichen Stellungnahmen ordnete Shahidul Alam die Proteste in einen breiteren politischen Kontext ein. Neben der Forderung nach mehr Verkehrssicherheit seien diese auch ein Protest gegen Korruption und Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen staatliche Repressionen, z.B. gegen die Medien und Zivilgesellschaft, sowie die Zunahme außergerichtlicher Gewalt.

Anti-Drogen-Kampagne

Seit Mitte Mai 2018 sind Medienberichten zufolge in Bangladesch im Rahmen einer Anti-Drogen-Kampagne über 200 als Drogenhändler/-innen gemutmaßte Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden. Über 20.000 Menschen waren verhaftet worden. Der Polizeichef der Hauptstadt Dhaka legitimierte die von Premierministerin Sheikh Hasina Anfang Mai verkündete Null-Toleranz-Kampagne gegen Drogen damit, dass Bangladeschs Jugend geschützt werden müsse. Die Getöteten seien, so der Polizeichef, bei Schusswechseln getötet worden. Die Sicherheitskräfte hätten sich lediglich verteidigt.

Menschenrechtsverteidiger/-innen bezweifeln die offizielle Darstellung der Geschehnisse und sprechen von einer Instrumentalisierung der Sicherheitskräfte zur Durchsetzung politischer Ziele. Laut Medienberichten sollen sich unter den Opfern auch Aktivist(inn)en oppositioneller Parteien befinden. Auch der Anfang Juni 2018 noch amtierende UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, äußerte sich über die Geschehnisse: „Ich bin sehr besorgt darüber, dass so viele Menschen getötet wurden und die Regierung in Reaktion darauf der Öffentlichkeit versicherte, dass keine der Personen ‚unschuldig‘ sei, aber dass es auch zu Fehlern im Rahmen einer Anti-Drogen-Kampagne kommen könne.“ Vor dem UN-Menschenrechtsrat Anfang Mai 2018, hatte der bangladeschische Justizminister noch versichert, außergerichtliche Hinrichtungen würden nicht geduldet und strafrechtlich aufgearbeitet.